

gung" zu erreichen. Die Bitte wird sicherlich zu einer Rückkehr zu differenzierten Uniformen und folglich zu Rangabzeichen in der Volksbefreiungsarmee führen. Bisher hatten Offiziere, ungeachtet ihres Ranges, als Unterscheidungsmerkmal an ihrer Uniform lediglich vier Taschen, während die einfachen Soldaten zwei besaßen. Zum ersten Mal seit 1965 wurde auch auf der Militärkonferenz der Begriff "Offiziere" wieder eingeführt, der zu derart differenzierterer Betrachtungsweise Pekings paßt. Noch im Mai hatte der stellvertretende Verteidigungsminister Berichte dementiert, wonach solche Bestrebungen im Gange seien.

AUSSENWIRTSCHAFT

(34) Peking braucht noch keine Auslandskredite

Die Diskussion, ob, wann und unter welchen Bedingungen die Volksrepublik China Auslandskredite über die bisher in Anspruch genommenen deferred payments aufnehmen wird, ist zu einem vorläufigen Ende gekommen. Der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzexperte Li Hsien-nien hat sich gegenüber einer Delegation der japanischen Mitsui-Gruppe, die sich im Juli zu ausgedehnten Wirtschafts- und Finanzierungsgesprächen in Peking aufhielt, erklärt, daß Chinas Devisenreserven mit einem gegenwärtigen Stand von etwas mehr als 2 Mrd.US\$ ausreichend seien, um die notwendigen Importe zu bezahlen. Li soll weiter erklärt haben, daß im Zeitraum 1979/80 wahrscheinlich zusätzliche Finanzierungsmittel notwendig seien, die dann bei ausländischen Banken besorgt werden müßten. Bei Lis Angaben über die Höhe von Chinas Devisenreserven wird angenommen, daß es sich dabei um Nettoreserven handelt, also um verfügbare Fremdwährungsguthaben unter Ausschluß der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten. Zählt man zu den Devisenreserven noch die Bestände an Gold und anderen Edelmetallen hinzu (ca.3 Mrd.US\$), ergäbe sich eine freie Gesamtreserve von ca.5 Mrd.US\$, die bei dem derzeitigen Umfang des chinesischen Außenhandels (ohne Blockhandel) dem Einfuhrbedarf von acht bis neun Monaten entspräche. Die sich in der letzten Zeit häufig widersprechenden Äußerungen führender chinesischer Politiker zum Thema Kredit (Li Hsien-nien hatte Anfang Juli einer von Lord Chalfont geleiteten Besuchergruppe erklärt, China werde künftig Bankkredite zu international üblichen Bedingungen aufnehmen) zeigen, daß man in Peking keineswegs vom Prinzip der Unabhängigkeit abgehen wird. In dieser Richtung ist auch die Äußerung Li Chiangs (vgl. C.a. Juli 1978, Ü 41) zu interpretieren, daß China, gleich welche Form der Bezahlung es durchführe, in jedem Fall davon ausgehe, daß es die Fähigkeit besitzen müsse, so schnell wie möglich zu bezahlen. Andere, häufig in der westlichen Presse zu findende Interpretationen, nach denen Peking eine grundsätzliche scharfe Wende in seiner Außenhandelspolitik vorgenommen habe, dürften der Realität vorauslaufen. Diese Meinung wird auch von dem Vorstandsvorsitzenden der Hongkong and Shanghai Banking Corp. geteilt, der kürzlich Gespräche mit der Führung der Bank of China geführt hatte. Nach seiner Ansicht werde China wahrscheinlich auch nicht in unmittelbarer Zukunft an die

internationalen Finanzmärkte gehen. Wenn dies eines Tages doch der Fall wäre, dürfte Hongkong aufgrund seines leistungsfähigen und international verflochtenen Bank- und Finanzierungssystems sicherlich eine besondere Rolle spielen. (BfA/NfA, 19.7.78; IHT, 4.7.78)

(35) Li: China akzeptiert ausländische Fonds

Der stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien hat gegenüber japanischen Industriellen erklärt, daß China künftig auch bereit sein werde, sich auf ausländische Geldfonds zu stützen, um seine Importe zu finanzieren. Dies werde aber erst in zwei Jahren so weit sein. Li: "Dann werden wir sie um Bankeinlagen bei der Bank of China bitten." In diesem Jahr könne China noch ohne solche Einlagen auskommen, da sich, wie Li betonte, die Devisenreserven Chinas im Moment auf mehr als 2 Mrd.US\$ angehäuften hätten. Dies ist die erste Aussage eines chinesischen Politikers mit einer exakten Angabe von Chinas Devisenreserven. Nach Angaben Yoshizo Ikedas, Präsident der Mitsui and Co., soll Li Hsien-nien sich auch positiv gegenüber den japanischen Finanzierungsvorstellungen geäußert haben. Nach diesen Vorstellungen wird ein Konsortium japanischer Banken Bankeinlagen bei der Bank of China deponieren, die dort zum freien Gebrauch für die chinesischen Behörden zur Verfügung stehen. (The Japan Times, 14.7.78)

(36) Joint Venture mit Japan?

Nach einem Bericht der NZZ vom 27. Juli sollen sich Peking und Tokio grundsätzlich geeinigt haben, gemeinsam Offshore-Erdölfelder in der Bohai-Bucht zu erschließen. Die Möglichkeit eines ähnlichen Unternehmens in den Mündungsgewässern des Szu-chiang in Südchina werde weiter geprüft. Expertendelegationen der beiden Länder wollen im September technische Fragen sowie die Verwendung von Krediten der japanischen Export-Import-Bank prüfen. Diese Kredite sowie das vom japanischen Konsortium gelieferte technische Material würden mit einem Teil des geförderten Öls zurückbezahlt, so die NZZ. Zu den Vertragspartnern Pekings gehört u.a. die Japan National Oil Corp., ein staatliches Unternehmen; das zeigt, daß die japanische Regierung das Ölgeschäft nicht weiter völlig der Privatindustrie überlassen will. Die National Oil Corp. ist im Juni aus der Japan Petrol and Development Corp. hervorgegangen, die 1967 gegründet worden war, um die einheimische Ölindustrie finanziell und technisch zu unterstützen. Das Unternehmen kann seit 1972 Privatfirmen langfristige Kredite zu günstigen Bedingungen für den Kauf von Ölreserven und den Bau von Lagertanks gewähren. Parallel zu den Verhandlungen mit den Japanern laufen seit einiger Zeit auch Gespräche zwischen China und amerikanischen Ölunternehmen. Im Gegensatz zu dem Bericht der NZZ, nach dem das Joint-Venture-Geschäft zwischen China und Japan schon perfekt sei, schreibt das Japan Economic Journal nur von informellen Kontakten, die im Ergebnis aber auf dasselbe hinauslaufen. (The Japan Economic Journal, 18.7.78)

(37) Tokio: Keine Waffen an China

Japan wird nach Aussage eines MITI-Sprechers

vorerst den Wunsch Chinas nach Waffenlieferungen nicht nachkommen. Gleichwohl wird Mitte September eine Delegation des japanischen Flugzeugbauverbandes nach Peking reisen. Dies ist die erste Visite von Vertretern der japanischen Waffenindustrie in China seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Als offizielles Ziel der Delegation wird die Förderung des technischen Austauschs zwischen beiden Ländern genannt. Peking habe schon vor drei Jahren in Tokio Sondierungen für mögliche Rüstungslieferungen eingeleitet, wobei es besonders an modernen Raketen, vor allem Panzerabwehrgeschossen, Luft-Luft- und Luft-Boden-Raketen sowie Panzern, Düsenjägern und elektronischem Gerät interessiert gewesen sei. (FAZ, 11.7.78; Le Monde, 13.7.78)

(38) Hitachi und Toshiba verkaufen Farbfernseherwerke

Nach fünfjährigen Verhandlungen ist es den beiden großen Elektronikherstellern Hitachi und Toshiba gelungen, mit China einen Vertrag über die Lieferung von Farbfernseherwerken im Gesamtwert zwischen 43 und 49 Mrd. Yen abzuschließen. Hitachi wird eine Röhrenfabrik verkaufen, die zwischen 18 und 19 Mrd. Yen kostet, Toshiba wird ein Werk zur Herstellung integrierter Schaltungen (IC) im Wert zwischen 25 und 30 Mrd. Yen liefern. Die formelle Unterzeichnung der Verträge wird noch in diesem Monat oder Anfang August erfolgen. Das Röhrenwerk wird in einem Vorort von Sian gebaut und wird eine jährliche Kapazität von 960.000 Fernsehrohren haben. Das IC-Werk wird in der Provinz Kiangsu plaziert sein. Für das IC-Werk muß allerdings das COCOM noch seine Zustimmung geben, da es sich bei integrierten Schaltungen um strategisch wichtige Güter handelt, die eigentlich nicht an kommunistische Staaten geliefert werden dürfen. Um möglichen Beschränkungen des COCOM zu entgehen, gibt es bei Toshiba Überlegungen, nur ein Teil des Werkes zu exportieren, das nicht unter die Regeln des Komitees fällt. Es wäre vorstellbar, daß in diesem Werk dann in Japan vorgefertigte ICs vollendet werden. (The Japan Times, 9.7.78)

(39) Interesse an japanischer Kerntechnologie

Nach französischen und deutschen Kernkraftwerksherstellern machen sich nunmehr auch Firmen in Japan Hoffnung auf ein Geschäft mit China. Auf informellem Wege haben sich die Chinesen kürzlich z.B. bei Hitachi nach Hilfe zum Bau von Atomkraftwerken erkundigt. China will mehrere Atomkraftwerke mit einer Produktion von 1 Mio. kW bauen und wünscht dabei Reaktoren, Turbinen und Generatoren im Ausland zu erwerben. In Japan ist man sich allerdings über die starke europäische Konkurrenz im klaren. Vor allem weiß man um die Sicherheitsbestimmungen und die politische Bedeutung eines solchen Handels, da Peking ja nicht Mitglied des Atomsperrvertrages ist. In Tokio rechnet man mit besonderem Widerstand auch aus Washington. Die Chinesen wollen im August über das Nationale Technologische Institut eine große Delegation nach Japan entsenden, die sich dort vor Ort insbesondere bei Hitachi, Toshiba und Mitsubishi über japanische Kernkraftwerke informieren will. (The Japan Economic Journal, 18.7.78)

(40) Äthylenwerk für China

Die Marubeni Corp. und JGC Corp., ein Maschinenbauunternehmen, haben von Peking einen Auftrag zum Bau einer Äthylenfabrik erhalten, dessen Wert bei ca. 100 Mio. \$ liegt. Die Verhandlungen hatten im Februar d.J. begonnen. Das Äthylenwerk soll bis Mitte 1981 eine jährliche Kapazität von 300.000 t erreichen. Die japanischen Unternehmen haben sich u.a. auch gegen Konkurrenz aus der Bundesrepublik durchgesetzt. (The Japan Economic Journal, 18.7.78)

(41) Ausweitung des USA-China-Handels erwartet

Die amerikanische Handelsministerin Juanita Krebs sagte für das Jahr 1978 eine Verdoppelung des Warenaustausches zwischen den USA und China voraus. Nachdem der beiderseitige Handel im vergangenen Jahr 369 Mio. US\$ erreichte, wird jetzt das Überschreiten der 700 Mio. US\$-Grenze vom US China Trade Council für möglich gehalten. Als Hauptsache für den Anstieg des Handelsaustausches werden Chinas Weizen- und Baumwollimporte bezeichnet, die 1978 einen Wert von mehr als 200 Mio. US\$ haben werden. Mit dem Verkauf umfangreicher Sojabohnenbestände an China dürfte Washington in diesem Jahr auch wieder einen Ausfuhrüberschuß im Handel mit China erzielen. Allgemein werden die Aussichten über eine Zunahme des sino-amerikanischen Handels von der Ministerin als günstig betrachtet. Als Beitrag dazu wurden von ihr zahlreiche Delegationen genannt, die sowohl in die USA kämen wie auch nach China reisten. Außerdem sollen mittlerweile mehr als vierzig US-Unternehmen technische Kontakte mit den Behörden Chinas pflegen. (BfA/NfA, 18.7.78)

Eine Unterkommission des US-Senats hat ein Gesetz gebilligt, wonach China landwirtschaftliche Produkte auf Kredit in den USA kaufen darf. Die Laufzeit solcher Kredite beträgt drei Jahre. China hat die bisher in diesem Jahr gekauften Agrarerzeugnisse bar bezahlt.

(42) Großrechner in den USA bestellt

Peking hat bei dem Computerhersteller Sperry Univac - einem Unternehmensbereich der Sperry Rand Corp. (New York) - zwei Computersysteme im Wert von über 6 Mio. \$ bestellt. Bei dem Auftrag handelt es sich um ein Einprozessor-System 1100/11, ein Multiprozessor-System 1100/12, periphere Geräte, Terminals und Ersatzteile. Das Rechensystem 1100/11 soll in der Universität für Wissenschaft und Technologie in Peking für Lehr- und Forschungszwecke mit Schwerpunkt auf der von der Universität betriebenen Weiterentwicklung von Programmen auf dem Gebiet der Computerwissenschaft eingesetzt werden. Das System 1100/12 soll dem Amt für Dokumentation in Peking zur Erstellung eines zentralen Erfassungs- und Informationssystems dienen. Als erster Schritt sei die Erfassung sämtlicher, in der VR erschienenen technischen Publikationen geplant. (FAZ, 3.7.78)

(43) Besuch bei DESY

Eine Delegation von chinesischen Wissenschaftlern hat im Juli das Elektronische Forschungszentrum

DESY in Hamburg besucht. Die Gäste, Mitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, kamen auf Einladung der Max-Planck-Gesellschaft in die Bundesrepublik. (Die Welt, 6.7.78)

(44) Großauftrag für Uhde

Das Dortmunder Ingenieurunternehmen Friedrich Uhde GmbH hat aus der Volksrepublik China gegen starke japanische und französische Konkurrenz den Auftrag zum Bau von Chemieanlagen im Gesamtwert von rd.100 Mio.DM erhalten. Die Anlagen sind für den geplanten Chemiekomplex Taching im nordöstlichen China bestimmt. Dort hat das Dortmunder Unternehmen in den letzten Jahren bereits vier Chemieanlagen gebaut. Zum Liefer- und Leistungsumfang gehören alle Ingenieurarbeiten, die Lieferung der Ausrüstung sowie bestimmte Dienstleistungen im Rahmen der Bau- und Montagetätigkeiten und der Inbetriebnahme. Drei Anlagen dienen der Erzeugung von Azetaldehyd und werden für eine Jahresproduktion von je 60.000 t ausgelegt. Azetaldehyd ist ein wichtiges Zwischenprodukt für die Petrochemie. Die vierte Anlage soll jährlich 200.000 t Äthanol herstellen, die fünfte 60.000 t Hochdruck-Polyäthylen, das für Kunststoffartikel und -folien verwendet wird. (SZ, 25.7.78; VWD/NfA, 26.7.78)

(45) Krupp baut Braunkohlewerk

Das Konsortium Krupp Industrie und Stahlbau (federführend) /Demag-Lauchhammer hat mit der China National Technical Import Corp. in Peking einen Planungsvertrag über den Aufschluß des z.Zt. größten chinesischen Braunkohle-Tagebaus abgeschlossen. Das Braunkohlefeld liegt in der nordwestlichen Provinz Kirin und umfaßt auf einer Fläche von etwa 55 qkm rd.2 Mrd. t Kohle. Nach Angaben Krupps führt das Konsortium die bergmännische Planung gemeinsam mit der Rheinbraun Consulting GmbH, Köln, durch. Darüber hinaus plant das Konsortium die komplette Tagebauausrüstung, wie Schaufelradbagger, Absetzer, Bandanlagen, Lagerplatz-ausrüstungen und dazugehörige Werkstätten mit einer Gießerei. (VWD/NfA, 7.7.78)

(46) Öl für Manila

Peking und Manila haben am 26.7. einen Vertrag zur Lieferung von jährlich 1,2 Mio.t Erdöl unterzeichnet. Der Vertrag sei auf fünf Jahre befristet und habe ein Volumen von 500 Mio.US\$. Das Öl für die Philippinen stammt aus dem Ölfeld Shangli. Der südostasiatische Staat wird damit zum zweitgrößten Erdölempfänger der VR. (VWD/NfA, 31.7.78)

WIRTSCHAFT

(47) Entwurf zur Industrieentwicklung

Nach einem Bericht der JMJP vom 4. Juli 1978 hat das Zentralkomitee der KPCh eine vorläufige Weisung "betreffend einige Probleme der Beschleunigung

der industriellen Entwicklung" an alle Provinzen, selbständigen Städte und autonomen Regionen der VR China sowie an alle Ministerien des Staatsrates herausgegeben. Die Weisung, kurz als "30-Punkte-Weisung" bezeichnet, soll versuchsweise durchgeführt werden.

Nach offiziellen Aussagen enthält die Weisung in ihren 30 Problempunkten "die positiven und die negativen Erfahrungen der letzten 28 Jahre und stellt die Richtlinie zur Entwicklung der industriellen Produktion mit größeren, schnelleren, besseren und wirtschaftlicheren Ergebnissen dar."

Weiter heißt es: "Als allgemeine Richtlinie für die gute Leitung sozialistischer Unternehmen wird die Weisung eine wichtige Rolle bei der Verbesserung des industriellen Managements in China spielen." Die Hauptpunkte der Weisung sind folgende:

1. System der Verantwortlichkeit des Fabrikdirektors und Arbeitsteilung unter der Führung des Parteikomitees;
2. Reorganisation der Industrien gemäß den Prinzipien der Spezialisierung und Zusammenarbeit;
3. Betonung der Entwicklung der Brennstoff-, Elektrizitäts-, Rohstoff- und Transportindustrien;
4. Entwicklung aller Energieressourcen;
5. Unterstützung der Landwirtschaft;
6. Stärkung der wissenschaftlich-technischen Forschung und Übernahme fortgeschrittener Technik;
7. Ausbildung von Kadern, Technikern und Facharbeitern
8. Anwendung des Prinzips "Jeder nach seiner Fähigkeit, jedem nach seiner Leistung";
9. Verbesserung des Sozialwesens für Arbeiter und Angestellte.

Die Weisung wird als Ergebnis des Kampfes gegen Lin Piao und insbesondere gegen die "Viererbande" beschrieben und zugleich als "Verkörperung der Linie des Vorsitzenden Mao". Es wird eine direkte Verbindung zur sogenannten 70-Punkte-Weisung von 1961 hergestellt, die von Lin Piao und der "Viererbande" als ein "revisionistisches Programm" verleumdet worden sei. Ein weiteres Dokument zu industriellen Fragen, das 1975 durch den Staatsrat vorbereitet worden war (Teng Hsiao-p'ing), wird ebenfalls als Vorläufer erwähnt.

Wichtig erscheint, daß jeder einzelne der 30 Problempunkte in der Praxis getestet werden und zur Meinungsbildung innerhalb der Betriebe beitragen soll.

(48) Wirtschaftswachstum 1. Hälfte 1978

Während der Nationalen Finanz- und Handelskonferenz nannte Parteichef Hua Kuo-feng einige prozentuale Wachstumszahlen für die chinesische Wirtschaft im ersten Halbjahr 1978. So führte er u.a. an, daß die Industrieproduktion gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 24% gestiegen sei. Stahl zeigte einen Anstieg um 67%, Kohle um 19%, Elektrizität um 17% und Erdöl um 11%. Die 16 Hauptprodukte der Leichtindustrie hätten ebenfalls ein beachtliches Wachstum zu verzeichnen. Die Sommergetreideernte sei trotz großer Trockenheit in Teilen des Landes um 5 Mio.t höher als im Vorjahr. (PRu, Nr.30, 1.8.78, S.7)

Ein Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur